Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 9

Vorwort: Das doppelte Millenäum

Autor: Revesz, Laszlo

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Herausgegeben vom Schweizerischen Ost-Institut, Bern

7. Jahrgang, Nr. 9 | Erscheint alle zwei Wochen | BERN, 27. April 1966

In dieser Nummer

Ungewohntes über die UdSSR (Gespräche mit Tarsis) 2-4
«Gewalt ist richtig» 5
Roms KP für Havemann 6
Ukase gegen Kirche 8
Von der Toleranz 10
Wessen Postfach? (Kommentar) . 11

Das doppelte Millenäum

Laut marxistisch-leninistischer Staatstheorie ist die Existenz des Staates an die Klassengesellschaft gebunden: die ursprüngliche soziale und wirtschaftliche Gleichheit der klassenlosen Gesellschaft hörte mit der Zeit auf, und die Besitzenden errichteten den Staat, um ihr Eigentum und die darauf gestützte Ausbeutung der Besitzlosen zu garantieren.

Auf dem Gebiet des heutigen Polens erfolgte diese Entwicklung in verschiedenen Zeitpunkten. Die eigentliche Staatsgründung aus den vorher isolierten kleinen Staatsformationen fand unter der Herrschaft von Mieszko I. statt, der diese in einem einheitlichen «Staat» zusammenfasste und 966 das Volk christianisierte. Die Absonderung der führenden Schicht vom «Volk», das Hinüberwachsen des ursprünglichen «militärischen Kommunismus» (Armee=das Volk in Waffen) in eine Armee der privilegierten Schichten war damit in Polen (nach marxistischer Theorie) endgültig geworden.

Die polnischen Kommunisten wählten als Zeitpunkt der Jahrtausendfeier des Staates die sechziger Jahre und als Gipfelpunkt das Jahr 1966, um damit die zeitlich gleichlaufenden Feierlichkeiten der Christianisierung in den Hintergrund drängen zu können. Der Bumerang flog aber zurück, und mit Erstaunen mussten sie feststellen, dass das Volk das kirchliche Millenäum als primär erachtet und das staatlich als eine sekundäre, nebensächliche Angelegenheit.

Kardinal Wyszynski

Jetzt will jedoch die staatliche Führung das Odium auf das Episkopat abschieben, indem sie behauptet, es sei die oberste Kirchenführung, welche die millenarischen Feierlichkeiten störe. Man wirft dem Klerus vor, er habe die Feierlichkeiten des staatlichen Millenäums nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Um dieser antikirchlichen Kampagne Aktualität zu verleihen, kam die Botschaft der polnischen Bischöfe im besten Moment. In der letzten Nummer der offiziellen Zeitschrift der polnischen Kommunisten «Nowe drogi» (Nr. 4, 1966, S. 3—14) wurde u. a. folgendes angeführt:

In diesem Jahr manifestiere das ganze Volk seinen Patriotismus und seine Einheit. Eine reaktionäre Gruppe des Episkopats mit Kardinal Wyszynski an der Spitze unternehme jedoch unverantwortliche politische Aktionen gegen den Staat. Sie stelle das Millenäum der Christianisierung dem staatlichen Millenäum entgegen und wolle aus der Kirche die grösste antisozialistische Kraft machen. Um die gezielte Aktion der Kirchenleitung zu demonstrieren, wurden mehrere Reden von Wyszynski und anderen Bischöfen wörtlich zitiert. Wyszynski erklärte im September 1957, im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Millenäum folgendes:

«Die zehn Jahre der Vorbereitungen zum Millenäum sollen das ganze Polen innerlich umgestalten. Das Schicksal des Kommunismus wird in Polen entschieden. Wenn Polen christlich wird, wird es zu einer grossen moralischen Kraft, so dass der Kommunismus von selbst zusammenstürzt. Polen zeigt der ganzen Welt, wie man sich gegenüber dem Kommunismus halten muss, und dafür wird die ganze Welt dankbar sein.»

Wyszynski wird vorgeworfen, er missachte die wirtschaftliche und soziale Ordnung Volkspolens, da er die Aktion für Erhöhung der Arbeitsproduktivität und den sozialistischen Arbeitswettbewerb einen «mörderischen Arbeitswettkampf» genannt habe. Am 2. Juni 1958 habe er erklärt: «Die Verstaatlichung der Güter ist Missbrauch und Rechtslosigkeit. Die Kirche will, dass möglichst viel Menschen einen Besitz haben, sonst ist die Gesellschaft krank. Das sich auf die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel stützende System widerspricht der menschlichen Natur und führt zur Vernichtung der Gesellschaft. Keine Klasse hat das Recht, einer anderen Klasse zu sagen: wir brauchen dich nicht, du sollst verschwinden.»

Politbüro-Mitglied Wieslaw erklärte am letzten Plenum des Allpolnischen Komitees der Nationalen Einheitsfront Polens, die Partei suche keine Vorwände, um die Kirche anzugreifen (!). Die Kirche solle ihre eigene Funktion erfüllen, und die Partei verlange von ihr nur, dass sie gegenüber dem System eine loyale Politik führe, wenn sie sich schon mit der Politik befassen wolle. Wenn sich Wyszynski und die anderen Bischöfe über Politik äussern wollen, können sie es tun, müssen sich aber an die Politik der polnischen Regierung halten.

Der Kampf zwischen Staat und Kirche in Polen spitzt sich also zu. Partei und Regierung wollen selbstverständlich keine andere Kraft neben sich haben und wollen — wie es schon in allen übrigen Volksdemokratien der Fall ist — die Kirche in den Status einer Volksfrontorganisation überführen: Funktionäre ohne Anhängerschaft. Die Funktionäre werden zum Teil vom Staat bezahlt. Dem Episkopat wird vorgeworfen, es habe den Religionslehrern verboten, mit dem Staat einen Vertrag über Religionsunterricht abzuschliessen, obwohl sie auf diesem Grund 1000 Zloty Lohn pro Monat erhalten würden. Beim Streit handelt es sich natürlich um die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Priester vom Staat.

In allen Staaten des kommunistischen Ostens hat sich der Kampf zwischen Staat und Kirche schon früher so abgespielt, und Polen konnte keine Ausnahme bleiben.

Laszlo Revesz